

Aktionsprogramm Klimaschutz 2010 – Perspektiven der Energiewirtschaft im Lande Bremen

verbunden mit

Beitritt zum „Konvent der Bürgermeister/-innen“ im Rahmen des „Aktionsplans für Energieeffizienz“ der Europäischen Union

(Antrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und der SPD)

Bremische Bürgerschaft (Landtag) – 17. Wahlperiode – 34. Sitzung am 11.12.2008

[...]

Abg. Jens Dennhardt (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Mitteilung des Senats und das Aktionsprogramm „Klimaschutz 2010“ zeigen, es ist eine Vielzahl von Maßnahmen, die der Senat zum Klimaschutz ergreift. Manches davon wurde bereits von der Großen Koalition begonnen und einiges von der rot-grünen Koalition hinzugefügt. Erneuerbare Energien werden von der Windkraft bis zur Sonnenenergie genauso weiter ausgebaut, wie die Fernwärmeerzeugung mit dem neuen Kraftwerk auf der Basis der Verbrennung von Abfällen mit mittlerem Heizwert, Mittelkalorik, und das Fernwärmenetz in der Überseestadt.

Zusätzlich zu den Fördermöglichkeiten durch KfW-Kredite unterstützt das Land Bremen verstärkt die energetische Sanierung des Gebäudebestandes und senkt auch den Energieverbrauch und die CO₂-Belastungen durch die eigenen öffentlichen Gebäude. Unternehmen werden bei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz unterstützt, die Fahrzeuge der BSAG entsprechend modernisiert und der öffentliche Personennahverkehr weiter ausgebaut. Durch die Umsetzung dieser und vieler von mir nicht genannten Maßnahmen wird 2010 eine jährliche Einsparung von 370 000 Tonnen CO₂ erreicht. Noch nicht gerechnet sind dabei weitere CO₂-Einsparungen, die durch die von Frau Dr. Mathes schon angesprochenen geplanten Maßnahmen der Stahlwerke erreicht werden können. Im Land Bremen mit seinem wichtigen Flughafen der Stadtgemeinde Bremen müsste eigentlich auch die CO₂-Minderung beim Flugverkehr in ein solches Aktionsprogramm gehören. Damit das europäische Ziel erreicht werden kann, die Treibhausgasemission bis 2020 insgesamt um 20 Prozent zu senken, sind diese Anstrengungen wichtig. Nur so kann Bremen seinen notwendigen Beitrag dazu leisten, die Erderwärmung mit ihren Folgen für Sicherheit und Gesundheit der Menschen zu bremsen.

Deshalb bitten wir Sie auch, der Ernsthaftigkeit unserer Klimaschutzpolitik Ausdruck zu verleihen, indem Sie unserer Entschliebung zum Beitritt Bremens zum Konvent der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Rahmen des Aktionsplans für Energieeffizienz der EU zustimmen. Die rot-grüne Koalition wird das Land Bremen weiter zum Kompetenzzentrum des Nordens für Energieeinsparung, erneuerbare Energien, effiziente Energieerzeugungs- und – Nutzungstechniken und Klimaschutz ausbauen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Energiepolitik ist für die SPD-Fraktion jedoch nicht ausschließlich Klimaschutzpolitik. Energiepolitik ist für uns auch Infrastrukturpolitik. Wir brauchen eine leistungsfähige Energieversorgung im Land Bremen, mit der unsere Wirtschaft international wettbewerbsfähig bleiben kann. Hierfür spielt die Energieerzeugung im Land Bremen eine wichtige Rolle. Die eigene Energieerzeugung steht auch für wichtige Arbeitsplätze im Land Bremen. Das vom Senat angekündigte Energie- und Klimaschutzprogramm 2020 steht also nicht nur vor der Herausforderung, weitere Maßnahmen zu bestimmen, mit denen Bremen die angestrebte CO₂-Reduzierung erreichen kann, sondern der Senat und die rot-grüne Koalition insgesamt müssen in diesem Programm Antworten auf die Fragen zur Energieversorgung, zur Energieerzeugung und zur Beschäftigungsentwicklung finden. Gleichzeitig setzen wir uns als SPD-Fraktion dafür ein, dass wir dabei auch die Entwicklung der Energiepreise und ihre sozialen Folgen im Blick behalten. Es ist wichtig, dass ein solches Energie- und Klimaschutzprogramm 2020 vom Senat im Dialog mit den dafür relevanten Akteuren im Land Bremen entwickelt wird. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

[...]